

Protokoll:

Es wird gefragt, welche Akteure bei der Auswertung eingebunden waren.

Der Vorsitzende erwidert, dass man sich an die Handlungsempfehlung des Bundesministeriums für Umwelt gehalten hat. Ein Ausschussmitglied teilt mit, dass sie die Vorlage als ersten Schritt versteht. Allerdings wird die Aussage, dass das Aufstellen eines Hitzeaktionsplans unverhältnismäßig sei, kritisiert. Der Vorsitzende erklärt, dass ein Hitzeaktionsplan nicht alleine von der Stadt aufgestellt werden kann. Die Stadt ist nicht zuständig. Zudem müssen viele weitere Akteure miteinbezogen werden. Ergänzend weist die Klimaschutzbeauftragte daraufhin, dass nach den Handlungsempfehlungen des BMU zunächst eine zentrale Koordination durch das Land und erst im weiteren Verlauf dezentral durch die kommunalen Gesundheitsämter erfolgen soll. Für die Stadt ist das Projekt zunächst abgeschlossen. Die Öffentlichkeit soll jedoch auf der städtischen Homepage auf Hitzeereignisse hingewiesen werden.

Auf die Anregung, dass noch weitere Akteure wie z.B. Einrichtungen für Behinderte hätten eingebunden werden können, da sonst die Gefahr besteht, dass diese Menschen den Anschluss verlieren. Frau Krüger teilt mit, dass bisher keine direkte Beteiligung von solchen Einrichtungen erfolgt ist. Es wurden jedoch die Caritas und die AWO abgefragt.

Ein Ausschussmitglied bemängelt, dass die niedergelassenen Ärzte nicht angeschrieben wurden. Darauf wird erwidert, dass die Ärztekammer angeschrieben wurde: Darüber hinaus sei es wichtig, Maßnahmen zu ergreifen und nicht nur zu planen. Dazu zählen nach Ansicht des Ausschussmitgliedes neben dem Aufstellen von Wasserspender z.B. auch das Vorhalten von kommunalen Kühlräumen und die Forderung nach verbrenner-freien Innenstädten besonders an solchen heißen Tagen.

Der Vorsitzende erwidert, dass die Zuständigkeit bei den Gesundheitsämtern liegt und es zielführender ist, wenn sich auch die Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen konzentriert wird.

Ein Ausschussmitglied entgegnet, dass sie die Aufgabe der Kommune als umfangreicher ansieht. Diese Kritik wird von einem weiteren Ausschussmitglied geteilt. Er fragt danach was die Stadt unternehmen will.

Der Vorsitzende stellt klar, dass die Thematik wichtig sei. Jedoch muss klar sein, dass ein Hitzeaktionsplan nur konkrete Schritte in einer Hitzeperiode vorgeben sollen. Dazu braucht man den Input von anderen Institutionen wie dem Gesundheitsamt. Darüber hinaus laufen Maßnahmen zur Klimaanpassung bereits.

Es wird gefragt, was gegen das Kopieren und Anpassen eines bereits vorhandenen Hitzeaktionsplanes einer andere Kommune spricht. Die Klimaschutzkommission könnte diese Ausarbeitung übernehmen.

Der Vorsitzende erklärt, dass es Ziel eines Hitzeaktionsplanes ist, gemeinsam mit den Akteuren vor Ort einen Plan auszuarbeiten und die Handelnden zu benennen und es von daher nicht zielführend ist, den Hitzeaktionsplan einer anderen Kommune abzuschreiben. Aus seiner Sicht kann sich die Klimaschutzkommission mit dem Thema befassen.

Es wird danach gefragt, ob es möglich ist, das Gesundheitsamt in die Klimaschutzkommission oder den Umweltausschuss dazu zu laden. Der Vorsitzende möchte das Gesundheitsamt aktuell nicht weiter belasten, teilt aber mit, dass es bei der Auswertung bereits involviert war und eingeladen werden kann, sobald die Pandemiebekämpfung weniger Personalressourcen benötigt. Frau Krüger bestätigt, dass das Landesgesundheitsamt bereits angeschrieben wurden aber ebenfalls wegen der

Corona-Pandemie die Zuständigkeit zurückwies. Darüber hinaus weist sie auf das erforderliche Personal zur Bearbeitung des Hitzeaktionsplans am Beispiel der Stadt Worms hin.

Ein Ausschussmitglied befürchtet, dass eine langfristige Strategie im Bereich des Bauens verloren geht. Der Vorsitzende stellt klar, dass bereits damit begonnen wurde Maßnahmen umzusetzen und dies auch weiter im Fokus stehe, um die Langfriststrategie nicht aus dem Fokus zu verlieren.